

04.04.2022

BUND fordert: Getreideanbau nicht auf Kosten der Umwelt intensivieren

Im Zusammenhang mit den gestiegenen Getreidepreisen seit Beginn des Krieges in der Ukraine wird von verschiedenen Seiten gefordert, zum Ausgleich den Getreideanbau in Deutschland zu verstärken. Insbesondere wird darüber diskutiert, die Mindestflächenstilllegung von 4 Prozent, die ab 2023 in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) in der EU vorgesehen ist, auszusetzen und stattdessen die Produktion auch auf schon vorhandene Brachflächen auszudehnen. Begründet wird dies damit, dass man den befürchteten Ausfällen bei der Getreideproduktion im Osten - und damit verbundenen Preissteigerungen auf dem Weltmarkt - entgegenwirken könne.

Das BUND-Umweltzentrum Ortenau hält dies für den falschen Weg. Eine Untersuchung der Heinrich-Böll-Stiftung belege, dass eine Reduktion der Stilllegungsfläche nur einen geringen Effekt auf den Weltmarktpreis für Getreide hätte. „Brachflächen und künftige Stilllegungsflächen sind in aller Regel Flächen, auf denen unterdurchschnittliche Erträge zu erwarten sind. Nur wenige davon eignen sich für Getreideanbau“, erläutert Petra Rumpel, Geschäftsführerin des BUND-Umweltzentrums Ortenau. „Dagegen werden große Flächen für den Anbau von Viehfutter genutzt. Etwa 60 Prozent des in Deutschland angebauten Getreides landen nicht auf dem Teller, sondern in den Futtertrögen“. Wenn es wirklich um die Ernährungssicherheit in Deutschland und die Vermeidung von Hungerkatastrophen z.B. in Afrika geht, dann könnte die Bevölkerung in Deutschland die Krise zum Anlass nehmen, die Ernährungsgewohnheiten umzustellen und weniger Fleisch zu konsumieren, so der Umweltverband. Von 100 Kalorien aus Nutzpflanzen, die an Tiere verfüttert werden, bleiben nur 17 – 30 Kalorien als Fleisch zurück, rechnet der Verband vor. Eine stärker pflanzenbasierte Ernährung spart außerdem nicht nur Fläche, sondern auch eingesetzte Energie und Wasser und schont das Klima.

Eine weitere wichtige Stellschraube stelle die Eindämmung von Lebensmittelverschwendung dar. Noch immer werden in privaten Haushalten pro Kopf im Durchschnitt 75 kg Lebensmittel pro Jahr weggeworfen. Noch einmal so viel geht von der Ernte bis zum Verkauf „verloren“. Das summiert sich auf 12 Millionen Tonnen Lebensmittel pro Jahr allein in Deutschland. „Wir haben keinen Mangel, sondern ein Wohlstands- und Verteilungsproblem“, so Rumpel. Daher sei es besser, einen sozial verträglichen Ausgleich für gestiegene Lebensmittelpreise einzuführen, Lebensmittelspekulation zu verbieten und den bedrängten Ländern des globalen Südens Finanzhilfen zukommen zu lassen, um ihnen kurzfristig Nahrungsmittelimporte zu ermöglichen.

Dass die landwirtschaftliche Fläche immer knapper wird, bereitet auch dem Umweltverband Sorgen: „Leider greifen die Bemühungen zur Eindämmung des Flächenverbrauchs noch immer viel zu wenig.“ Nach Zahlen des Bundesinformationszentrums Landwirtschaft werden in Deutschland täglich 52 ha Boden versiegelt. Auch in der Ortenau verschlingen Gewerbegebiete,

Wohnbebauung und Verkehrsflächen immer mehr gute landwirtschaftliche Nutzflächen – Alternativen wie neue Wohnformen oder verbesserte ÖPNV-Anbindungen bleiben häufig unberücksichtigt.

Der Umweltverband mahnt: „Wie der ungebremste Rückgang der biologischen Vielfalt zeigt, können wir es uns auf Dauer gar nicht leisten, der Natur immer weniger Rückzugsraum übrig zu lassen. Das hätte drastische Auswirkungen auf natürliche Ökosysteme und damit auch auf unsere Lebensgrundlagen“. Allein der Wegfall der Bestäubungsleistung der Insekten wäre ein nicht wiedergutzumachender Schaden für die Ernährungslage. Weitere unschätzbar wertvolle Ökosystemleistungen wie z.B. Wasserspeicher, Luftreinhaltung oder CO₂-Speicher hingen ebenfalls von einer einigermaßen intakten Umwelt ab. Vier Prozent der landwirtschaftlichen Fläche dafür stillzulegen sei ein relativ bescheidener Beitrag dafür.